

Frauen als Hauptverdienerinnen

Der DGB rückt die Lage von Familiernährerinnen ins Blickfeld der Betriebe

Immer mehr Frauen tragen den Löwenanteil zum Haushaltseinkommen bei – die wenigsten jedoch aus freien Stücken. Was sich ändern muss, um die Lage von Familiernährerinnen zu verbessern, ist Gegenstand eines DGB-Projekts.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

Tübingen. Prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit, Niedriglöhne: Von den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen besonders stark betroffen. Doch obwohl sie Kinder und Beruf nur schwer unter einen Hut bringen und weit weniger verdienen als Männer, sichern immer mehr Frauen den Lebensunterhalt ihrer Familie.

In Deutschland wird jeder fünfte Mehrpersonenhaushalt heute von einer Frau ernährt. Das sagte Mareike Richter, Leiterin des vom Bundesfamilienministerium geförderten DGB-Projekts „Familiernährerin“, am Donnerstag im Schlatterhaus vor rund zwanzig Interessierten.

Zu dem Abend hatte die Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung eingeladen. Richter zufolge spricht der DGB von einer Familiernährerin, wenn eine Frau mindestens 60 Prozent des Haushaltseinkommens verdient und ihren Partner oder Kinder mitversorgt. In 57,5 Prozent der Familien

sind noch immer die Männer die Hauptverdiener, in 20,9 Prozent tragen beide Partner ungefähr gleich viel zum Einkommen bei. Doch in 9 Prozent der Paar-Haushalte und 8,8 Prozent der Familien von Alleinerziehenden ist die Frau die Ernährerin.

Häufig können Familiernährerinnen jedoch keinen ausreichenden Lohn erwirtschaften, sagte Richter. Das liegt auch an den Branchen, in denen sie überwiegend tätig sind – etwa im Gesundheitswesen, der Erziehung, im Einzelhandel oder Gastgewerbe. Allerdings gibt es prekäre Arbeitsbedingungen gerade auch in der Wissenschaft, wurde am Abend geklagt.

Auch vom Gehaltsniveau abgesehen arbeiten Frauen meist nicht unter arbeitsgerechten Bedingungen. Viele haben nur Teilzeitstellen, leisten unbezahlte Überstunden, sind in

Betrieben ohne Mitbestimmung tätig und können keine flexible Kinderbetreuung nutzen. „Frauen werden im Betrieb immer noch als Zuverdienerin betrachtet“, sagte Richter. Hinzu kommt, dass es in der Familie meistens keinen Rollentausch gab – selbst wenn die Männer zuhause bleiben. Richters Fazit: Es ist längst Realität, dass Frauen Familiernährerinnen sind, Jede Frau könne in diese Rolle geraten, doch sie sei „mehrheitlich kein Wunschmodell“.

Der DGB versuche, die Lage der Familiernährerinnen in Betrieben und Gesellschaft in den Blick zu rü-

cken. Er wünscht sich vielfältige Rollenbilder, denn „Gleichstellung heißt auch, etwas für Männer zu tun“. Weitere Forderungen sind existenzsichernde Arbeit und Lebensbedingungen, unter denen sich Beruf und Fürsorge für die Familie ausbalancieren lassen.

Was sie sich vom neuen Koalitionsvertrag erhoffen, fragte Moderatorin

Kristina Brezonic von der Böckler-Stipendiatengruppe die Teilnehmerinnen der anschließenden Podiumsdiskussion. Andrea Schiele vom Landesvorstand des Arbeitskreises Sozialdemokratischer Frauen (ASF) zeigte sich „verhalten optimistisch“. Sie hoffe, dass die Regierung die Forderungen des Gleichstellungsberichts des Familienministeriums ernst nimmt. „Das Leben verläuft nicht mehr so geradlinig“, sagte Schiele. Da sei es wichtig, einzelne Entscheidungen nicht lebenslang zu bestrafen. Sie forderte auch die Abschaffung des Ehegattensplittings und ein Equal-Pay-Gesetz.

Dorian Woods, Politikwissenschaftlerin an der Uni Tübingen, fand es erstaunlich, dass sich in Bezug auf Equal Pay und beim Ehegattensplitting nichts ändert: „Man weiß, wie viel es den Staat kostet und wie wenig es für die Betreuung der Kinder bringt.“ Alle drei Podiumsrednerinnen waren sich einig, dass ein gesetzlicher Mindestlohn die Lage der Frauen verbessern

würde – nicht nur finanziell. Schiele verspricht sich von seiner Einführung in einem zweiten Schritt auch „mehr Selbstbewusstsein“ der Frauen und eine bessere Kenntnis ihrer Rechte auch als Mini-jobberin.

Für Frauen auf dem Arbeitsmarkt stehe und falle aber vieles mit der Kinderbetreuung – einem Feld, auf dem Baden-

Württemberg nicht gut aufgestellt sei. In den ostdeutschen Bundesländern sei das Betreuungsangebot besser, erklärte Woods. Auch deshalb sei Frauenerwerbstätigkeit dort weiter verbreitet und selbstverständlicher.

Aus Richters Sicht sollten beide Partner auf eigenen Beinen stehen können. Deutschland habe zwischen Männern und Frauen das größte Rentengefälle aller OECD-Staaten: „Das ist ein Spiegelbild der Erwerbsbiografie.“

In Dorian Woods Klage auf eine Zuhörerfrage hin, das umlagefinanzierte deutsche Rentensystem sei strukturkonservativ und schwer zu reformieren, mochte Schiele jedoch nicht einstimmen. „Es ist gut, dass es ein solidarisches System ist und kein Geld irgendwo liegt.“ Das System habe einen gewissen Charme: „Immer die, die gerade können, sorgen für die, die es brauchen.“ Es sei allerdings zu stark an der Erwerbstätigkeit orientiert und leide darunter, dass die Einkommen nicht mehr stimmten.

„Das Rentensystem hat Charme. Immer die, die gerade können, sorgen für die, die es brauchen.“

Andrea Schiele, ASF

„Es macht einfach auch Spaß, eigenes Geld zu verdienen.“

Mareike Richter vom DGB